

Unverkäufliche Leseprobe



Gunther Mai
Die Weimarer Republik

2018. 136 S., mit 1 Karte
ISBN 978-3-406-72780-1

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/25320744>

C.H.BECK  **WISSEN**

Am Ende des Ersten Weltkrieges wandelte sich Deutschland vom Kaiserreich zur Republik. Doch die alten Eliten übten weiterhin großen Einfluss aus, die Mentalitäten, Strukturen und Institutionen zeigten ein bemerkenswertes Beharrungsvermögen. Die erste deutsche Demokratie hatte mit vielfältigen Konflikten zwischen politischen Richtungen, sozialen Gruppen und ökonomischen Klassen zu kämpfen, die sich immer wieder in heftigen Gewaltausbrüchen entluden. Knapp und anschaulich beschreibt Gunther Mai die dramatischen Auseinandersetzungen der Jahre zwischen 1918 und 1933, die mit der «Machtergreifung» der Nationalsozialisten endeten. Dabei liegt sein Hauptaugenmerk auf den Modernisierungskonflikten, die sich in Deutschland aus dem Übergang vom Agrar- zum Industriestaat ergaben.

Gunther Mai, geb. 1949, war bis 2014 Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Erfurt.

Gunther Mai

**DIE WEIMARER
REPUBLIK**

Verlag C.H.Beck

1. Auflage. 2009
2., durchgesehene Auflage. 2013

3., durchgesehene Auflage. 2018

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2009

Satz: Fotosatz Amann, Memmingen

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Umschlagabbildung: Reichspräsidentenwahl 13. März 1932

© Ullstein Bild

Umschlagentwurf: Uwe Göbel, München

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 72780 1

www.chbeck.de

Inhalt

Einleitung	6
I. 1918–1923/24: Revolution und Konterrevolution	13
1. Die Revolution	16
2. Die Verrechtlichung der Revolution: Die Verfassung	26
3. Die Abwicklung des Krieges	32
4. Die Konterrevolution	37
5. Der Kampf gegen den Frieden	45
II. 1924–1930: Scheinblüte und Desorientierung	51
1. Konsolidierung im Zeichen des Bürgerblocks	55
2. Die Organisation des Industriestaates	61
3. Gesellschaft im Wandel	72
4. Der zweite Frieden: Vom Locarno-Vertrag zum Young-Plan	84
III. 1930–1933: Zerfall und Zerstörung	90
1. Die Zerstörung der Republik	92
2. Weltwirtschaftskrise	106
3. Rückkehr zur Machtpolitik	114
IV. 1933/34: «Machtergreifung» und «Führerstaat»	121
Abkürzungsverzeichnis	130
Literaturhinweise	131
Ergebnisse der Wahlen im Reich 1919–1933	132
Die Kabinette der Weimarer Republik	134
Personenregister	135
Das Deutsche Reich zur Zeit der Weimarer Republik	136

Einleitung

Als Mitte Januar 1933 die Staatskrise der Weimarer Republik auf ihren Höhepunkt zusteuerte, debattierte das Reichskabinett über Weißkohl, Tomaten und Käse. Es ging um die Frage, ob die Handelsverträge mit den Niederlanden oder Schweden verlängert werden oder auslaufen sollten. Liefen sie aus, waren Maßnahmen gegen den deutschen Export von industriellen Produkten zu befürchten. Angesichts der Frage, ob Adolf Hitler als Reichskanzler noch zu verhindern sei, war das auf den ersten Blick ein nebensächliches Problem. Doch es handelte sich um eine Grundsatzentscheidung, die für das Schicksal der Republik ebenso bedeutsam war wie die Auseinandersetzungen zur Jahreswende 1929/30 über die Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ein Viertelprozent. Auch dieser scheinbar so geringfügige Konflikt war zu einem Wendepunkt geworden. Denn damit verband sich das Ende der Großen Koalition unter Führung der SPD, die Parteienkonstellationen im Reichstag wandelten sich grundlegend durch den Aufstieg der NSDAP, und es begann der Übergang zum autoritären Präsidialregime. 1930 war der Machtkampf zugunsten der Industrie entschieden worden, gegen die SPD und gegen die Gewerkschaften. 1933, in der Debatte über Kohl und Käse, ging es um den Machtkampf zwischen Industrie und Landwirtschaft.

Die Verbände aller sozialen Großgruppen wurden in diesen Januartagen bei Reichskanzler und Reichspräsident vorstellig. Gewerkschaften und Industrie trugen in seltener Übereinstimmung die Klage vor, eine Verteuerung der Lebensmittel werde nicht nur die Not der Arbeiter erhöhen, vor allem die der sechs Millionen Arbeitslosen, sondern auch die Nachfrage nach agrarischen (wie industriellen) Produkten weiter schwächen. «Arbeiternot ist Bauerntod.» Der Hinweis auf die geringere Wertschöpfung der Landwirtschaft fehlte nicht; deren Klagen über

den Außenhandel als Quelle ihrer Not wurden «auf das schärfste» zurückgewiesen. Dagegen beschworen die Agrarier die Gefahr eines weiteren Höfesterbens, den Niedergang der Landwirtschaft insgesamt, und drohten mit einer unkontrollierbaren Radikalisierung der Bauern. «Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt.» Befürchtete der Ernährungsminister, dass «ganze Gebiete der Landwirtschaft [...] den Interessen der Exportindustrie zum Opfer gebracht werden», warnte ein der Industrie nahestehender Nationalliberaler vor der Illusion, «es wäre möglich, die deutsche Landwirtschaft zu retten», indem man sich allein auf den Binnenmarkt konzentriere und dabei Export und Kaufkraft zerstöre. Es gebe «nur einen Weg» aus der Krise, nämlich zunächst den industriellen Teil der Volkswirtschaft zu sanieren und damit Kaufkraft zu schaffen.

Die Agrarier setzten sich durch und stürzten die Regierung Schleicher. Von dem sich nun abzeichnenden Kabinett Hitler-Papen befürchtete die Industrie eine landwirtschaftsorientierte Autarkiepolitik und versuchte noch Anfang Februar, Hitler auf die «weitestgehende Stärkung der Exporte zwecks Arbeitsbeschaffung» festzulegen, und drohte ihm: «Erschwerung des Eintretens für Regierung, falls einseitige Agrarpolitik übertrieben wird.» Ähnlich forderte die Reichstagsfraktion der katholischen Zentrumspartei bei ihren Verhandlungen mit Hitler Ende Januar Auskunft darüber, ob er für die Stärkung des Binnenmarktes eintrete, wie sein Agrarexperte Walther Darré in einem offenen Brief an den Reichskanzler gefordert hatte, oder ob er die Notwendigkeit des Exportes auf den Weltmarkt anerkenne, wie man seinen eigenen Äußerungen entnehmen mochte. Hitler verweigerte die Auskunft.

Hinter diesen Konflikten stand die Frage, ob das Reich ein Industrie- oder ein Agrarstaat sei. Die Debatte war erstmals um 1900 geführt worden, und das Kaiserreich hatte den Konflikt obrigkeitlich zugunsten einer Parität entschieden, d. h. zugunsten der Landwirtschaft, die ihre volkswirtschaftliche Bedeutung zunehmend verlor. Die Monarchie war auf einen starken Adel angewiesen, der seine wirtschaftlichen und kulturellen Wurzeln auf dem Land und in der Landwirtschaft hatte – ge-

rade in Preußen. Die Verfassungen des 19. Jahrhunderts hatten ihm mit den Adelskammern eine exklusive Stellung reserviert. Als diese Protektion 1918 entfiel, verschob sich die Balance zwischen Industrie und Landwirtschaft nach den neuen Kriterien gesellschaftlicher Verteilungsentscheidungen zugunsten der Ersteren. Doch es zeigte sich, dass das Alte noch mächtig genug war – das Beharrungsvermögen der alten Eliten, die Dauerhaftigkeit der kollektiven Mentalitäten, die Gewohnheiten der Lebensweisen, die Langlebigkeit kultureller Deutungsmuster und ideologischer Weltinterpretationen. Zwar war der Adel 1918 fast überall seiner rechtlichen Privilegien und seiner politischen Institutionen beraubt worden, doch nicht (bzw. kaum) seiner ökonomischen Grundlagen, seines politischen Einflusses und seiner kulturellen Hegemonie auf dem Land. Jedoch verlor die adelsdominierte Großlandwirtschaft zunehmend die Gefolgschaft der Bauern, die sich in eigenen Parteien, Bündnissen und Verbänden organisierten. Tiefer noch in sich gespalten war das industrielle «Lager», da Unternehmer und Gewerkschaften zu keinem Konsens fanden, sondern sich weiter in dem tradierten Klassenkampfschema bekämpften. So entstand eine äußerst labile, vielfach gebrochene Gleichgewichtssituation zwischen den sozialen Gruppen bzw. den ökonomischen Klassen. Die diesen entsprechenden politischen Lager blockierten sich im Kampf um die politische und kulturelle Hegemonie wechselseitig. Diese Blockade schien zuletzt nur noch durch Gewalt überwindbar: von unten durch Revolution oder von oben durch Diktatur. Zu keiner Zeit in der jüngeren Geschichte Europas war eine solche Häufung gewalthafter innenpolitischer Auseinandersetzungen zu beobachten: von militanten Massenstreiks bis zum Generalstreik, von Putsch- und Revolutionsversuchen bis zum erbitterten Bürgerkrieg.

Eine Volksfront wie in Frankreich und Spanien in den 1930er-Jahren war angesichts der bitteren Feindschaft zwischen SPD und KPD im Reich ausgeschlossen. Aber auch die autoritären Präsidialkabinette scheiterten an einer politischen Lösung des Konfliktes zwischen Landwirtschaft und Industrie, und zwar am erbitterten Widerstand der Ersteren. Sie waren zu sehr auf

einen Ausgleich der Interessen bedacht gewesen, nicht autoritär genug. Jetzt stellte sich die Frage, wer den nächsten Versuch übernehmen sollte: ob erneut Franz von Papen oder Alfred Hugenberg oder Adolf Hitler. Die beiden Ersteren waren dezidiert proagrarisches, und Hugenberg galt als der Rücksichtsloseste, gefährlicher vielleicht noch als Hitler, der zumindest auf einen starken agrarischen Flügel in seiner Partei Rücksicht zu nehmen hatte. Im Kabinett saßen sie nach dem 30. Januar 1933 alle drei: Hitler als Kanzler, Papen als Vizekanzler, Hugenberg als Wirtschafts- und Ernährungsminister. Doch trotz dieser Konstellation und trotz symbolischer Aufwertung sah die Landwirtschaft ihre Erwartungen bald enttäuscht. Hugenberg war bereits im Juli 1933 aus dem Kabinett verdrängt, Papen folgte im Juli 1934. Spätestens mit dem Vierjahresplan 1936 war entschieden, dass der Landwirtschaft im Rahmen der Rüstungswirtschaft nur eine der Industrie nach-, gar untergeordnete Rolle zukam.

Die Weimarer Republik hatte mit der wohl schwierigsten Phase des Wandels von einer agrarisch geprägten zu einer industriekapitalistisch dominierten Gesellschaft zu kämpfen. Doch traf dies in der Zwischenkriegszeit für ganz Europa zu, vergleichbar auch für Nord- und Südamerika, selbst Teile Asiens. Diese agrarische Transition verlief vor dem Hintergrund einer raschen Abfolge konjunktureller und struktureller Krisen: von der «Großen Depression» 1873–1895 über Kriegswirtschaft, Inflation oder Deflation 1914–1920/23 bis zur Weltwirtschaftskrise 1929–1934/36.

Der Weltkrieg und die an seinem Ende stehenden Revolutionen haben diesen Wandel nicht verursacht, auch wenn die Zeitgenossen das verkürzend so interpretierten, wohl aber dramatisch beschleunigt. Dennoch: Der Erste Weltkrieg war die eigentliche Revolution, die Zwischenkriegszeit die Suche nach neuen Ordnungsmustern. In der Zwischenkriegszeit bildeten sich in Europa fünf solcher Ordnungsmuster bzw. Entwicklungspfade heraus: 1. der westeuropäische des schwierigen, aber erfolgreichen parlamentarischen Konsenses; 2. der skandinavische des parlamentarischen Ausgleichs zwischen Sozialdemokratie und Bauern; 3. der deutsch-italienische des totalitär

unterdrückten Dissenses; 4. der ost- und südeuropäische der autoritären Entwicklungsdiktaturen; 5. der russische des bolschewistischen Experimentes. Die Diktatur war – wie in vielen Staaten Europas die parlamentarische Demokratie – ein historisch neues Experiment, eine den Umständen der Zeit scheinbar angemessene Problemlösungsvariante. Als Modell galt vielfach Italien: eine «gelenkte Demokratie», wie Mussolini sie nannte, die mit den alten Eliten paktierte und für einen korporativ organisierten Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft sorgte, die im Rahmen des Systems eine gewisse Pluralität duldet, aber die Kommunisten unterdrückte, die sich auf das Militär stützte und zugleich die Akklamation des Volkes suchte. Die Bewunderung Mussolinis reichte weit bis in das liberale, selbst bis in das linke Lager hinein. Es schien vielen plausibel, die Weimarer Republik einer autoritären Präsidialdiktatur zu opfern, die sich zudem noch auf die der Weimarer Reichsverfassung immanente «Reserveverfassung» berufen konnte. Die Abfolge der Präsidialkabinette seit 1930 illustriert den Such- und Experimentierprozess nach der angemessenen Form eines autoritären Regimes. Trotz des bald nur noch mühsam gewährten Scheins der Legalität war auch Hitler bis zum Tod Hindenburgs 1934 bemüht, sich noch im Rahmen einer «konstitutionellen Diktatur» zu bewegen.

Die deutsche Diktatur war die zehnte, die in Europa errichtet wurde. 1939 waren nur noch elf der 28 Staaten parlamentarische Verfassungsstaaten, weltweit 17 der 65 souveränen Staaten. Das deutet auf die Instabilität der 1918 etablierten politischen Systeme hin. In keinem der im Weltkrieg unterlegenen Staaten überdauerte das parlamentarische System. Die revolutionäre Transformation im Zeichen der militärischen Niederlage wurde von weiten Teilen der Bevölkerung nicht akzeptiert, und die Friedensbedingungen wirkten krisenverschärfend: die Prestige- und Statusverluste, die ökonomischen Konsequenzen, die territorialen Einbußen oder die Sezessionsbestrebungen ethnischer Minderheiten. Und auch in keinem der 1918 neu gegründeten Staaten Ost- und Südosteuropas widerstand – mit Ausnahme der Tschechoslowakei – das parlamentarische Sys-

tem den Belastungen des politischen und ökonomischen Staatsbildungsprozesses.

Den Diktaturerrichtungen voraus gingen offene oder latente Bürgerkriegssituationen. Der Krisenkumulation von Krieg und Kriegsfolgen, von Revolution und Staatsgründung, von agrarischer Transition und Wirtschaftskrise waren die politischen Systeme nicht gewachsen. Die Parteiensysteme zersplitterten entlang der Grenzen enger sozialer und ökonomischer Interessen. Die Parteien waren zu dauerhafter Koalitionsbildung unwillig oder unfähig und standen sich in zumeist unversöhnlichen Lagern gegenüber. Häufige Neuwahlen und Regierungsumbildungen waren die Folge. Die Institutionengefüge büßten ihre Fähigkeit zur Konfliktregulierung ein. Die Handlungsschwäche des Staates ließ große Teile der Bevölkerung rebellierend zur Selbsthilfe greifen durch Klassenkampf und Bürgerkrieg. Zwar vermochten die parlamentarischen Systeme linke Revolutionsversuche abzuwehren, nicht aber rechte «Machtergreifungen», die nach Mussolinis Vorbild meist eine Mischung aus formallegaler Machtübertragung und illegaler Machteroberung waren.

Von vergleichbaren Krisenerscheinungen blieben auch die Sieger des Krieges oder die Neutralen nicht verschont. Obwohl England 1926, die Schweiz 1933 und Frankreich 1934 am Abgrund eines Bürgerkrieges standen, so war es doch bezeichnend für den gefestigten Grundkonsens, dass in dieser Staatengruppe Minderheitsregierungen ohne innere Destabilisierung möglich waren, vor allem in Skandinavien und England, und dass hier selbst sozialdemokratische Minderheitskabinette seit Anfang der 20er-Jahre toleriert wurden. Dagegen legt die Kollaboration der Franzosen mit Marschall Pétains Vichy-Regime 1940 die Annahme nahe, dass der parlamentarische Konsens dort brüchig war.

In diesem europäischen Kontext kann die Weimarer Republik nicht in erster Linie von ihrem Ende her beurteilt werden: als Vorgeschichte des Dritten Reiches, als Intermezzo zwischen autoritärem Kaiserreich und totalitärer Diktatur. Es wäre ebenso ungerechtfertigt, sie aufgrund der in der Gründungsphase «verpassten Chancen» als «schwache» Republik zu beurteilen, die

mehr an den eigenen Defiziten als an dem Potenzial ihrer Gegner zerbrach. Es gab und gibt viele monokausale wie geschichtsmythische Erklärungsversuche, das Scheitern der Republik als unausweichlich, fast als selbst verschuldet zu betrachten: die unvollständige, weil «verratene» Revolution; die unvollständige Niederlage, die der «Dolchstoß»-Legende Vorschub leistete; die verfehlt konstruierte Verfassung, die in einer «Demokratie ohne Demokraten» dem «greisen» Reichspräsidenten mit dem Notstandsartikel 48 der Verfassung eine verheerende Machtfülle zuwies; das Wahlrecht, das der Zersplitterung des Parteiensystems Vorschub leistete; die Verschwörung(en) der nicht entmachteten alten Eliten aus Adel bzw. Großlandwirtschaft, Militär oder Schwerindustrie; die überzogenen Forderungen der Gewerkschaften, die der Wirtschaft die Substanz entzogen; der überharte Frieden von Versailles, der die staatsloyalen Kräfte diskreditierte und dem Revisionismus Vorschub leistete.

Jeder dieser Faktoren war für sich nicht ursächlich für den Kollaps der Republik, sondern konnte seine Wirkung nur im Rahmen eines Ermöglichungszusammenhangs entfalten. Das war in erster Linie der schwierige, durch Kriegskosten und Kriegsniederlage zusätzlich dramatisch überlastete Prozess des Überganges von einer agrarisch geprägten zu einer industriekapitalistisch dominierten Gesellschaft. Damit war die Republik noch nicht zum Scheitern verurteilt. Aber aus europäischer Perspektive lag ihr Kollaps durchaus im Rahmen des Möglichen, des Erwartbaren – der Erfolg des Dritten Reiches dagegen nicht.

I. 1918–1923/24: Revolution und Konterrevolution

Im Spätsommer 1918 waren alle Hoffnungen des August 1914 auf einen kurzen, erfolgreichen Krieg verfliegen, der die Nation innerlich einigen werde. Als Kaiser Wilhelm II. im August 1914 auf Anraten seines Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg den «Burgfrieden» ausrief, war das mehr als nur das Angebot der Versöhnung in der Stunde nationaler Not. Indem die Sozialdemokratie nicht unterdrückt, sondern in die gemeinsame Front dieses nationalen «Verteidigungskrieges» integriert wurde, sollte «eine Reform der Sozialdemokratie nach der nationalen und monarchischen Seite» eingeleitet werden, so das Kalkül des Reichskanzlers. Ein ähnliches taktisches Kalkül herrschte aufseiten der SPD, als sie am 4. August 1914 den Kriegskrediten zustimmte. Die rechte Mehrheit der Partei war entschlossen, die Bewilligung der Kredite zum Eintritt in eine die Kriegszeit überdauernde Integration in das bestehende System des Kaiserreichs zu nutzen.

Der nationale Konsens des August 1914 war von Beginn an brüchig und hielt nicht lange. Er war nur möglich geworden, weil angesichts der «Suggestion der Ereignisse», wie Clara Zetkin eingestand, und der nationalen Emotion dieser Tage die Kritiker auf der Rechten wie der Linken verunsichert waren. Sie meldeten sich wieder zu Worte, als erkennbar wurde, dass der Krieg nicht rasch zu Ende sein würde. Die radikale Rechte lehnte weitere Zugeständnisse an die SPD ab; die vom Reichskanzler praktizierte Form des Burgfriedens sei die «Plattform schwächlichen Willens», kritisierte Erich Ludendorff. Die radikale Linke der SPD warf der rechten Mehrheit Verrat an der internationalen Klassensolidarität und Friedenspolitik vor. 1917, mit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD) auf der Linken und der Vaterlandspartei auf der Rechten, hatten sich

beide Radikalismen auch organisatorisch verselbständigt; angesichts der allgemeinen Kriegsnot fanden sie eine beträchtliche Massenunterstützung.

1917 trat auch die deutsche Innenpolitik in ein neues Stadium. Die Kriegszieldiskussion hatte die inneren Fronten verhärtet. Angesichts der unentschiedenen Kriegslage und hoher Opferzahlen hatte sich das Reich im Dezember 1916 einer ersten Friedensinitiative nicht verweigern können. Dabei standen sich zwei Motivlagen unvereinbar gegenüber: Entweder gelang es, auf der Basis einer Verständigung zu einem «Ausgleichsfrieden» zu gelangen, oder man gewann im Falle des Scheiterns dieser Initiative die Legitimation für eine Verschärfung der Kriegführung, die den «Siegfrieden» bringen sollte. Die 3. Oberste Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff stand für den letzteren Kurs: Durch eine «rücksichtslosere» Politik sollten die Munitions-, Ernährungs- und Stimmungskrisen überwunden, die Entente militärisch zum Einlenken gezwungen werden. Der auf Verständigung nach innen wie nach außen setzende Reichskanzler Bethmann Hollweg wurde im Juli 1917 gestürzt. Nicht durch weitere Zugeständnisse sollte die innere Geschlossenheit herbeigeführt werden, sondern durch eine energische Führung, eventuell gar durch eine Militärdiktatur. Doch vor diesem letzten Schritt schreckte Ludendorff wiederholt zurück.

Gegen die Verschärfung der inneren wie der äußeren Kriegspolitik bildeten sich zwei Oppositionskerne heraus: einmal die Mitte-Links-Parteien, die die Parlamentarisierung des Reiches betrieben; zum anderen die radikale Linke um USPD und Spartakusbund, die durch Massenstreiks im April 1917 und Januar 1918 das revolutionäre Ende des Krieges herbeiführen wollte. Beide Gruppen sahen ihre Chance gekommen, nachdem Ludendorff am 29. September 1918 eingestehen musste, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Hatten die Mehrheitsparteien am Vortag die Parlamentarisierung als Voraussetzung für die «Herbeiführung eines Verständigungsfriedens» gefordert, drängte Ludendorff auf die sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen. Damit wollte er der Armee «die Schmach und Katastrophe einer Niederlage» ersparen und ihr Auseinan-

derbrechen verhindern. Er wollte zugleich, so beschrieb der bayerische Militärbevollmächtigte die Überlegungen, den «linksstehenden Parteien das Odium des Friedensschlusses» anlasten, in der Hoffnung, dass der Sturm der Entrüstung in der unvorbereiteten Bevölkerung die neue Regierung rasch hinwegfegen werde. «Später hofft man dann, sich wieder in den Sattel zu schwingen und nach altem Rezept weiter zu regieren.» Ähnlich entwickelte man in der Umgebung des Kaisers Pläne für eine «Revolution von oben», um «mehr Schultern mit der Verantwortung für den Ausgang des Krieges [... zu] belasten» und einen «günstigeren Frieden» zu erreichen.

Der Kampf um die innere Umgestaltung des Reiches wurde zusätzlich beeinflusst durch den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. In dem Notenwechsel zwischen der Reichsregierung und diesem seit dem 3. Oktober 1918 wurde rasch deutlich, dass das Reich nicht verhandeln konnte, sondern militärisch kapitulieren musste, dass auch die Parlamentarisierung keinen milderen Frieden bewirken werde. Insofern ging es in den innerdeutschen Debatten nicht nur um die Frage, ob man weiterkämpfen oder zu welchem Preis man kapitulieren solle, sondern auch um die damit verknüpfte Entscheidung, wer die politische Verantwortung nach innen und nach außen übernehmen würde. Dafür bestanden drei Optionen: zum einen die «Revolution von oben», durch eine Verfassungsreform und die Übertragung der Regierungsverantwortung auf eine Koalition der Mitte-Links-Parteien; zum anderen die Revolution von unten, die die radikale Linke anstrebte, aber von der spontanen Erhebung der Soldaten und Arbeiter überrascht wurde; zum dritten der Staatsstreich, die Militärdiktatur, die den «Endkampf bis zum Äußersten», notfalls bis zur «Katastrophe», zu führen bereit war, um doch noch einen Verhandlungsfrieden zu erzwingen. Diese drei Optionen prägten den Verlauf der Entwicklung bis zum Kapp-Putsch 1920.

I. Die Revolution

Mit dem Versuch einer «Revolution von oben» begann die Konterrevolution noch vor der Revolution. Von Ende September bis zum 15. November 1918 gingen Regierung, Militär und Unternehmer durch eilige Zugeständnisse ein Bündnis mit der politischen Linken ein. Diese Konzessionen waren als Notmaßnahmen in der Krise gedacht, um eine Revolution von unten zu verhindern. Die anhaltenden Bemühungen, diese Zugeständnisse wieder zu revidieren, sollten die Geschichte der Weimarer Republik nachhaltig prägen.

Die Eröffnung der Obersten Heeresleitung (OHL), dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei, traf selbst die zivile Regierung unvorbereitet. Der Öffentlichkeit wurde die Lage vorenthalten, um sie zum «Durchhalten» zu motivieren; ein innerer Kollaps hätte dem Reich jegliche Verhandlungsposition geraubt. Zwar waren die Militärs, allen voran Ludendorff, nicht bereit, zu kapitulieren und damit die Niederlage anzuerkennen; sie wollten aber auch nicht die politische Verantwortung für einen «Endkampf» übernehmen. Je deutlicher in den Verhandlungen mit Wilson wurde, dass der Waffenstillstand bzw. der Friede harte Bedingungen diktieren würde, desto lauter kritisierte die Durchhaltepartei die Regierung für ihr «schwächliches» Nachgeben. In einem Armeebefehl bezeichnete Ludendorff die alliierten Forderungen nun als «unannehmbar». Der Kaiser schwadronierte gar, an der Spitze seiner Armee nach Berlin marschieren und dort «aufräumen» zu wollen. Ludendorff plädierte jetzt für die Fortführung des Krieges, erreichte damit aber nur seine Entlassung am 26. Oktober 1918. Die Marineleitung dagegen entschloss sich zur gleichen Zeit zum demonstrativen «Todesritt» gegen England, womit sie den Aufstand der Matrosen provozierte, der die Novemberrevolution auslösen sollte.

Die Parlamentarisierung durch die Verfassungsänderungen vom 26./28. Oktober 1918 war eine kalkulierte, inhaltlich wie zeitlich als befristet verstandene Machtübertragung an die Linke. Noch am 29. September hatte die OHL den Vorschlag des Staatssekretärs des Äußeren Paul von Hintze aufgegriffen, durch

die Einbeziehung «geeigneter Mitglieder» der SPD die Regierung auf eine breitere Basis zu stellen. Das sollte ausdrücklich keine «volle Parlamentarisierung» beinhalten. Am 30. September ordnete der Kaiser die entsprechende Umbildung des Kabinetts an. Insofern handelte es sich nicht um eine «parlamentarische Revolution», sondern die Reformen wurden von oben «gewährt». Die Mitte-Links-Parteien drängten seit Mitte September auf eine Parlamentarisierung, aber sie erzwangen sie nicht. Sie forderten nicht einmal die «volle» Parlamentarisierung, selbst die SPD nicht, sondern nur die «Berufung von Regierungsvertretern aus dem Parlament». Dass schließlich die Verfassungsreform über die ursprünglichen Intentionen der Reichsleitung wie der Mehrheitsparteien hinausging und den Reichskanzler vom Vertrauen des Parlaments abhängig machte, war nicht zuletzt dem Druck Wilsons zu verdanken. Noch wurde aber auch von der SPD die Monarchie nicht infrage gestellt. Als Max von Baden am 9. November eigenmächtig die Abdankung Wilhelms II. verkündete und das Amt des Reichskanzlers an Friedrich Ebert, den Parteivorsitzenden der MSPD, übertrug, hoffte er, so die Monarchie retten zu können. Ebert, der sich als «Konkursverwalter des alten Regimes» bis zum Zusammentreten der Nationalversammlung sah, versicherte, er werde das Amt im Rahmen der geltenden Reichsverfassung ausüben. Obwohl die SPD an diesem 9. November aus der Regierung austrat und die Regierungsgewalt für sich forderte, hoffte auch Ebert, durch eine Koalition aus SPD, Zentrum und Fortschrittspartei – nach Möglichkeit erweitert um die USPD – die Revolution von unten vermeiden zu können. Er war empört, als sein Parteifreund Philipp Scheidemann von einem Fenster des Reichstagsgebäudes die Republik ausrief.

Obwohl das Militär durch die Verfassungsreformen der zivilen und parlamentarischen Kontrolle unterstellt worden war, blieb die Heeresleitung faktisch ein unabhängiger Machtfaktor. Wilhelm Groener, Nachfolger Ludendorffs in der Heeresleitung, drängte auf die Abdankung des Kaisers, weil nur so die Armee «aus der Atmosphäre der Revolution möglichst» herausgehalten und als Machtinstrument erhalten werden könne. Am

10. November stellte er die Armee der provisorischen Regierung «zum Kampf gegen die Revolution, zum Kampf gegen den Bolschewismus» zur Verfügung. Ebert nahm das Angebot an, überzeugt, dass die Reichswehr «zu meiner Verfügung» stehen werde, obwohl die sich ihm nicht unterstellen, sondern nur mit ihm zusammenarbeiten wollte. Damit sprach Ebert eine Bestandsgarantie für Generalstab und Offizierskorps aus. Er brauchte diese, um die Bestimmungen des Waffenstillstandes auszuführen und acht Millionen Soldaten in Disziplin zu halten, begab sich aber gleichzeitig in eine Abhängigkeit von der OHL, ohne dafür mehr als eine Loyalitätserklärung zu erhalten. In der Folgezeit konnte die OHL erfolgreich die zaghaften Versuche der Regierung abwehren, das Heer einer zivilen Kontrolle zu unterstellen. Vielmehr machte die Radikalisierung der Revolution die Reichswehr zur unentbehrlichen Stütze der Regierung. Indem sie sowohl eine Weiterführung der Revolution wie eine unmittelbare Konterrevolution verhinderte, fühlte sie sich bald wieder stark genug, der Regierung eine Diktatur auf der Grundlage eines Bündnisses von SPD und Armee anzubieten.

Zur «Revolution von oben» gehörte auch die Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Gewerkschaften vom 15. November. Im Hinblick auf die bevorstehende Demobilisierung von Heer und Wirtschaft hatten die Unternehmer im Oktober die Verhandlungen in die Wege geleitet. Aber erst unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse waren sie bereit, auf die entscheidenden Forderungen der Gewerkschaften einzugehen. Jetzt erkannten sie diese als gleichberechtigte Verhandlungspartner an und gestanden ihnen den Achtstundentag und Betriebsräte in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten zu. Das Abkommen wurde zu einer Bestandsgarantie für die Unternehmer und die kapitalistische Eigentumsordnung. Die Gewerkschaften setzten auf Sozialpartnerschaft, Parität und Mitbestimmung und verzichteten damit faktisch auf Sozialisierung. Neben Vorbehalten («wenn der Achtstundentag für alle Kulturländer durch internationale Vereinbarungen festgesetzt wird») hatten die Arbeitgeber die Kündigungsklausel gleich eingebaut. Enttäuscht von der schrittweisen Rücknahme der Zugeständnisse,

ließen die Gewerkschaften das Abkommen zum 31. März 1924 auslaufen.

Ein weiteres Element der «Revolution von oben» war das Verharren der alten staatlichen Bürokratie in ihren Positionen. Sie stellte ihre Expertise zur Verfügung und erhielt dafür eine Bestandsgarantie; nur eine kleine Minderheit wählte den Rückzug, um nicht der Republik dienen zu müssen. Auch der Arbeitsstab der provisorischen Revolutionsregierung (Rat der Volksbeauftragten) bestand vorwiegend aus alten Beamten der Reichskanzlei, die aus Verantwortungsbewusstsein blieben oder die MSPD als Bündnispartner im Kampf gegen die Revolution zu instrumentalisieren suchten. Auch die «bürgerlichen Mitglieder» des alten Kabinetts wurden – mit Zustimmung der USPD – am 9. und 10. November 1918 als «technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts» im Amt belassen. Ihnen wie dem preußischen Kriegsminister und der OHL wurden Beigeordnete zur Seite gestellt, die der Kontrolle dienen sollten, diese Aufgabe aber nur in sehr begrenztem Maße erfüllten. Zudem begnügten sich MSPD und USPD mit der Leitung von Reichswirtschaftsamt, Reichsarbeitsamt und Reichsernährungsamt, da diese Politikfelder ihren traditionellen Interessen und Kenntnissen entsprachen. Erst nach den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 rückten im Kabinett Scheidemann Sozialdemokraten auch in die Ministerien für Reichswehr, Wirtschaft und Justiz ein.

Als Minister neu berufen wurde am 15. November 1918 der liberale Staatsrechtslehrer Hugo Preuß (DDP), dessen Aufgabe die Ausarbeitung einer Verfassung war. Auch das war eine Vorentscheidung, denn damit ließ sich die MSPD auf die Perspektive eines liberalen Verfassungsmodells ein. Dahinter standen zwar auch Koalitionsrücksichten, vor allem aber fehlte der MSPD ein eigenes Verfassungskonzept. Ebert versprach am 25. November eine «sozialistische Demokratie», doch davon war nach den Beratungen über den ersten Entwurf von Preuß nichts mehr zu spüren: Dieser enthielt erwartungsgemäß keine sozialistischen Elemente, sondern eine Garantie des Eigentums und sah Enteignungen nur gegen Entschädigung vor. Am Ende

musste die MSPD eingestehen, dass eine Reihe wichtiger Strukturmerkmale der Verfassung von einer bürgerlichen Mehrheit im Kabinett gegen sie durchgesetzt worden war; der Partei blieb nur noch übrig, ihre Zustimmung im Vertrauen auf «die lebendige Entwicklung» der Verfassung zu geben.

Die Revolution verdankte insofern ihren ersten Erfolg der Konterrevolution. Sie verdankte der Konterrevolution aber auch ihre Schwäche, weil diese den Erfolg so mühelos werden ließ. Da sich das alte Regime im Zeichen der Kriegsniederlage aus der Verantwortung zurückzog, stellte sich die Machtfrage nicht. Allerdings war die SPD auch nicht gewillt, die Machtfrage zu stellen. Sie wie die Gewerkschaften nahmen bereitwillig die Angebote an, um eine Revolution von unten zu vermeiden. Die schien nach den mühelosen Erfolgen ohnehin unnötig. Das geringe Ausmaß der Gewalt im November und Dezember 1918 angesichts eines fehlenden Widerstandes sowie die Versuche der SPD, die Revolution rasch zu beenden, begünstigten ihre Gegner, indem sie eine hohe Kontinuität von Personal und Strukturen bewirkten: in Staatsbürokratie und Militär, Parteien und Verbänden, Kirchen und Vereinen, Schulen und Universitäten. Es fand eine eng begrenzte Elitenerweiterung statt, aber kein Elitenaustausch.

Doch die Strategie der «Revolution von oben» ging nicht auf. Denn mit der Meuterei der Matrosen, dann der Soldaten und zuletzt der Arbeiter begann die Revolution von unten. Deren Revolte bestimmte die Phase bis zum 16./21. Dezember 1918 und verhinderte, dass die MSPD die Revolution «schließen» konnte, bevor sie eigentlich begonnen hatte. Ausgangspunkt der Revolte war die spontane Meuterei der Matrosen gegen das geplante Auslaufen der Flotte gegen England am 29./30. Oktober. Die kriegsmüden Matrosen, Soldaten und Arbeiter wollten die sofortige Beendigung des Krieges erzwingen. Sehr rasch trat indes neben das Ziel von Frieden und Brot die Forderung nach Umgestaltung der politischen und sozialen Ordnung. Seit dem 3. November breitete sich von Kiel die Bewegung über das Reich aus. Am 9. November war Berlin erreicht. Nur in München entstand am 7. November eine autonome revolutionäre Bewegung.

Jetzt konnte sich die SPD der Entwicklung nicht länger entziehen. Als die «Revolutionären Obleute» in Berlin, die dem linken Flügel der USPD nahestanden, in Berlin mithilfe der Soldaten für den 10. November Wahlen zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten durchsetzten, musste Ebert den Plan einer Fortsetzung der Koalition mit den bürgerlichen Parteien fallen lassen. Jetzt steuerte er auf eine Verständigung allein mit der USPD zu. In Verhandlungen, die die entscheidenden Fragen über die nächsten Schritte offenließen, wurde die Einsetzung eines paritätisch besetzten Rats der Volksbeauftragten beschlossen.

Damit war der Plan der Revolutionären Obleute durchkreuzt, von den Arbeiter- und Soldatenräten eine provisorische Revolutionsregierung einsetzen zu lassen. Als Ebert die Einigung auf der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte verkündete, brach Jubel aus. Es wurde ein Vollzugsrat gewählt, wie die Linke forderte, aber er wurde auf Drängen der Soldatenräte paritätisch von MSPD und USPD besetzt. Doch der Vollzugsrat vermochte sich nicht zu einer revolutionären Gegenkraft zu entwickeln. Ende November war er, bedingt durch seine innere Schwäche, weitgehend entmachtet. Zugleich erkannte die Vollversammlung den Rat der Volksbeauftragten als provisorische Regierung an. Dieser war damit sowohl Leitungsorgan der Reichsregierung als auch Spitzenorgan der Rätepyramide und besaß eine doppelte Legitimation: aus der Revolution von oben wie aus der von unten. Als Regierung verfügte er über quasi-diktatorische Macht; als Teil der Rätebewegung sah er sich deren Kontrollanspruch ausgesetzt. Diese Doppelstellung des Rats der Volksbeauftragten beschreibt sein politisches Dilemma. Hätte er sich als Revolutionsorgan an die Spitze der Rätebewegung gestellt und den Kampf gegen die «alten Kräfte» aufgenommen, wie es weite Teile der USPD erwarteten, hätte er den Bürgerkrieg gegen die Reichswehr riskiert, dessen Ausgang ungewiss war. Stellte er sich als Übergangsregierung im Namen von Ordnung und Wiederaufbau gegen die Linke, nahm er ebenfalls den Bürgerkrieg in Kauf, aber gegen die eigenen Klassenossen. Die MSPD entschied sich gegen die Räte. Das mochte dem Bestreben geschuldet gewesen sein, die Verantwort-

tung auf mehr Schultern zu verteilen, sowie der Hoffnung, im Inneren eine rasche Konsolidierung zu erreichen. Das Bündnis mit den Räten wäre ein Experiment mit ungewissem Ausgang gewesen. Deren radikales Potential hätte der Konkurrenz auf der Linken zugute kommen können, obwohl mehr der USPD als dem Spartakusbund.

Die Arbeiter- wie die Soldatenräte waren in dieser frühen Zeit mehrheitlich kein linksradikales Revolutionsorgan, sondern eher ein stabilisierendes Element und hätten keineswegs der Disziplinierung bedurft. Als Protestbewegung gegen Krieg, Hunger und Not standen sie neben den radikalen Parteien, gingen Bündnisse mit ihnen ein, waren aber nicht ein Teil derselben. Die Soldatenräte besaßen auf der unteren Ebene einen hohen Anteil an mittelständischen Mitgliedern; Sozialdemokraten oder gar Kommunisten waren eher schwach vertreten. Sie radikalisierten sich erst, als die OHL sie mit der Rückkehr des Feldheeres offen bekämpfte und im Januar 1919 mit Billigung durch Ebert und Reichswehrminister Gustav Noske zu entmachten suchte. Die Arbeiterräte in den Großstädten waren aus den Betrieben heraus gewählt worden, in kleineren Städten oft auf Volksversammlungen. Hier schlossen sie meist mittelständische, selbst bäuerliche Elemente ein, in den industriellen Zentren jedoch meist ausdrücklich aus. In vielen Städten gründeten sich als Abwehrbewegung Bürgerräte, auf dem Lande regional auch Bauernräte, die teils über Bürger- bzw. Bauernwehren verfügten. Da die Arbeiterräte im November 1918 mehrheitlich in der Hand des rechten Gewerkschaftsflügels waren, dominierte zunächst die MSPD. Der Spartakusbund, vom Ausbruch der Revolution überrascht, blieb in dieser Phase in den Räten insgesamt schwach. Von den 514 Mitgliedern des I. Reichsrätekongresses, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin tagte, gehörten etwa 300 der MSPD, 100 der USPD, nur zehn dem Spartakusbund, der Rest bürgerlichen Parteirichtungen an. Aufgrund dieses parteipolitischen Zuschnitts verstanden sich die Räte als Übergangorgane für die Zeit des Machtvakuumms, weniger als Klassenorgane der Arbeiterschaft; sie stimmten in übergroßer Mehrzahl für die baldige Einberufung einer Natio-

nalversammlung, um ihr die Macht, die sie treuhänderisch übernommen hatten, rückübertragen zu können.

Der Übergang zur nächsten Phase, die bis zur Niederschlagung der Münchner Räterepublik Anfang Mai 1919 dauerte, vollzog sich abrupt. Sie war von einer Radikalisierung der Räte geprägt, die jetzt mehrheitlich der USPD zuneigten, aber durch ihren spontaneistischen Charakter keine organisierte Macht entfalten konnten. Indem die MSPD aus Furcht, die Räte könnten in die Hände der Linken geraten, diese entmachten wollte, trieb sie diese USPD und KPD erst in die Arme. Ihre Vorstellung, der Sozialismus werde zur Ausdehnung der Gestaltungsrechte und Interventionstätigkeit eines demokratischen Staates führen, war mit der Forderung der Räte nach autonomer Selbstorganisation und basisnaher Mitbestimmung unvereinbar. Während die MSPD ihren Übergangsauftrag betonte, der demokratisch nicht legitimierte Strukturentscheidungen verbiete, drängten jetzt die USPD und ein wachsender Teil der Räte auf die Klärung der Machtfrage, auch auf Kosten konstruktiver Problemlösungen. Obwohl die USPD-Volksbeauftragten die Einberufung der Nationalversammlung anfangs befürwortet hatten, wollten sie nun unter dem Druck des linken Parteiflügels deren Zusammentreten hinauschieben, um das Interregnum für Strukturreformen zu nutzen.

Das waren unvereinbare Positionen. Während die MSPD in sich geschlossen war und die Unterstützung von Reichsbürokratie und bürgerlichen Kabinettsmitgliedern erhielt, geriet die innerlich gespaltene USPD im Rat der Volksbeauftragten in die Rolle des Juniorpartners. Sie musste aus diesem ausscheiden, wenn sie ihre Machtposition nicht verlieren wollte, die in den Betrieben und «auf der Straße» lag. Am Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, der als oberstes Räteorgan vom Reichsrätekongress gewählt wurde, beteiligte sie sich schon nicht mehr. Er wurde von der MSPD allein gestellt. In der Regierungskrise vom 28./29. Dezember gab seine Stellungnahme den letzten Anstoß für den Rückzug der USPD aus der Regierung. Anlass für den Bruch waren die «Weihnachtskämpfe» in Berlin. Diese waren der Endpunkt einer seit Wochen steigenden «Ner-

vosität» und Radikalisierung durch Gerüchte und Pressekampagnen, durch Provokationen und bewaffnete Zwischenfälle. Und sie wurden zum Ausgangspunkt für den Entschluss der SPD-Volksbeauftragten, die vermeintlich unmittelbar bevorstehende Machtergreifung der Spartakisten mit militärischen Mitteln zu verhindern. Getrieben von der Eskalation der Ereignisse sah die radikale Linke um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ihre Chance, die Revolution voranzutreiben. Sie gründeten am 1. Januar 1919 die KPD. Auf Massendemonstrationen riefen sie zum Sturz der Regierung auf. Obwohl die USPD zu vermitteln suchte, lehnte die Regierung Verhandlungen ab, sondern suchte die militärische «Abrechnung», in deren Verlauf Liebknecht und Luxemburg am 15. Januar ermordet wurden.

Die MSPD hatte sich in die Hand des Militärs begeben, dessen Bedeutung durch die Kämpfe mit Polen in Oberschlesien zusätzlich gestärkt wurde. Da die Regierung das Militär nicht kontrollieren konnte, schwächte dessen radikales Vorgehen das Ansehen der Regierung weiter, nicht zuletzt in der Armee selbst. Die einsetzende Radikalisierung der USPD und der Rätebewegung wie ihre steigende Attraktivität für immer mehr enttäuschte Arbeiter war eher Folge als Ursache dieser innenpolitischen Kräfteverschiebung. Je mehr die Räte ihre Macht schwinden sahen, umso radikaler versuchten sie, ihre Ansprüche durchzusetzen. Von Berlin sprang die revolutionäre Unruhe auf das Ruhrgebiet über, wo am 9. Januar die Arbeiter- und Soldatenräte die sofortige Sozialisierung des Kohlebergbaus beschlossen, im Februar auf das mitteldeutsche Industriegebiet. Am 10. Januar wurde in Bremen eine Räterepublik ausgerufen. Massenstreiks in Oberschlesien und Württemberg folgten, im März ein Generalstreik in Berlin, im April im Ruhrgebiet. Der Generalstreik in Berlin wurde ebenso militärisch unterdrückt (1200 Tote) wie die Streikbewegung im Ruhrgebiet und die Räterepublik in München (über 1000 Tote). Damit war die erste Welle der revolutionären Kämpfe zum Abschluss gekommen, aber die MSPD stand vor einem Scherbenhaufen. Sie hatte ihr Versprechen eingehalten, die Transformation der politischen, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nur auf verfassungsgemäßem

Wege durchzuführen. Dass erst die Klärung der Machtfrage diese Normen mit Leben erfüllen würde, hat sie nicht übersehen, sondern auf einen Lern- und Überzeugungsprozess gehofft. Daher wies sie die Versuche der Linken, die Machtfrage auf anderem Wege zu klären, mit aller Härte zurück. Indem sie im Januar aufstand gegen die relativ schwache radikale Linke mit militärischen Mitteln vorgegangen war, hatte sie den offenen Bürgerkrieg selbst provoziert. So wie die Rätebewegung jetzt zwischen den Behörden und der MSPD zerrieben wurde, so die MSPD zwischen den sich radikalierenden Räten und den selbstbewusster agierenden alten Kräften. Nach den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und erst recht nach dem Zusammentreten der Nationalversammlung am 6. Februar sah sie endgültig kein Recht mehr, Strukturreformen einseitig durchzusetzen.

Aber auch der KPD war es nicht gelungen, die Rätebewegung von innen zu erobern und sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, selbst wenn sie in den Räterepubliken in Bremen und München eine prominente Rolle spielte. In den meisten Fällen gaben die Betriebsräte und die USPD den Ton an. Letztere war und blieb der politische Repräsentant der Rätebewegung. Trotz ihrer Radikalisierung seit dem März 1919, die aus den betrieblichen Kämpfen um Mitbestimmung gespeist wurde (Betriebsrätebewegung), war es die auf Spontaneität und Dezentralisierung gerichtete Struktur, die die USPD gegenüber dem jeweils unterschiedlich ausgeprägten autoritären Zentralismus von SPD und von KPD auszeichnete. Hier sammelte sich der aus Not und politischer Frustration entstandene Aktionismus der Arbeiterschaft, um fast ebenso rasch zusammenzubrechen. Die parteiinternen Richtungen lähmten sich gegenseitig. Plädierte der linke, später zur KPD gehende Flügel für ein politisches und wirtschaftliches Räte-system als Ersatz für das parlamentarische System, so sah der rechte, zur SPD zurückkehrende Flügel dieses als dessen Ergänzung. Als die Rätebewegung seit Juni 1919 abzubrockeln begann und Anfang 1920 von der historischen Bühne verschwand, begann auch der Niedergang der USPD. Mit der militärischen Niederschlagung der neuen Aufstände im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland im März/April 1920 sowie aber-

mals in Mitteldeutschland im Frühjahr 1921, bei denen die KPD erneut eine spektakuläre, aber keine entscheidende Rolle spielte, war die Phase des militanten Bürgerkrieges vorerst beendet.

[...]

Mehr Informationen zu [diesem](#) und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de